

Freies Wort

Ressort Hildburghausen Lokal
Erschienen am 10.12.2009

Hildburghäuser Stadträte müssen Millionenloch im Haushalt 2010 stopfen.

Die Suche nach der Patentlösung

Hildburghausen - Ein 1,8 Millionen Euro großes Finanzloch der Stadt stopfen, ohne die Bürger zu belasten - das käme der Quadratur des Kreises gleich. Und das ist wohl auch allen Hildburghäuser Stadträten klar.

Trotzdem könne man aber nicht nur die Bürger belasten, so Frank-Michael Czapla von den Freien Wählern in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstagabend.

Dem stimmte Brigitte Wütscher (CDU) zu. Auch Ralf Bumann hatte Bedenken: "Mit den vorliegenden Beschlussanträgen vermitteln wir den Eindruck: Wir brauchen Geld. Das holen wir uns von den Bürgern." Trotzdem gingen jedoch die vorgelegten Satzungsänderungen mehrheitlich durch. Das letzte Wort hat am kommenden Mittwoch der Stadtrat.

Bürger nicht einseitig belasten

In zwei Klausurtagungen mit den Fraktionsvorsitzenden und Beigeordneten waren in den vergangenen Wochen Vorschläge erarbeitet worden, wie die Einnahmen der Stadtkasse erhöht werden können. Die Entgeltordnung fürs Stadttheater kam dabei ebenso auf den Prüfstand wie die Gebührenordnung für die Kindertagesstätten der Stadt, für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr oder für die Nutzung der Friedhöfe. Auch die Grundsteuer B soll angehoben werden.

Zudem müssen sich Hundehalter auf höhere Steuern einstellen. Und auch das Stadtmuseum und die Bibliothek werden in kommenden Jahr wohl ihre Eintrittspreise und Gebühren anheben. Auf zusätzliches Geld von der Stadt hoffen, können allein junge Eltern. Nach einer von allen Fraktionen mitgetragenen Beschlussvorlage soll jedes neugeborene Kind, dessen Eltern in Hildburghausen leben, mit 100 Euro "begrüßt" werden.

Bis Ende Januar soll von der Verwaltung unter anderem eine Analyse der Besucherzahlen und Öffnungszeiten von Bibliothek, Museum und Schwimmbad vorgelegt werden, um eventuell auch hier noch Einsparpotenzial aufzudecken.

An den im Haupt- und Finanzausschuss am Dienstag vorgelegten Gebühren- und Entgeltsatzungsentwürfen entzündeten sich trotz der Klausurberatungen noch einmal teils heftige Debatten. Der erste Beigeordnete Siegfried Naujoks (SPD), der die Sitzung in Vertretung des Bürgermeisters leitete, sagte eingangs: "Wir haben heute einige Beschlussvorlagen, die uns Schmerzen bereiten werden." Es habe in den letzten Jahren in Hildburghausen trotz steigender Kosten nur wenig Gebührenerhöhungen gegeben. Doch 2010 komme man nicht mehr darum herum. Um den Haushalt auszugleichen, sei die Stadt verpflichtet, die Satzungen den Kosten anzupassen.



Für den Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler, Frank-Michael Czapla, fehlt bei den Einsparbemühungen ein Haushaltskonsolidierungskonzept. "Wir können nicht hier Gebühren und da Entgelte erhöhen, ohne das Ganze im Zusammenhang zu sehen", meinte er und sprach von einer einseitigen Belastung der Bürger.

Bild: Frank-Michael Czapla (FW)

Der Fraktionschef der Linkspartei, Mathias Günther, entgegnete, die Konsolidierungsvorschläge steckten doch in den Beschlussvorlagen drin. Im Übrigen hätten das alle Fraktionsvorsitzenden in den Klausurberatungen auch so gesehen. Brigitte Wütscher, Fraktionsvorsitzende der CDU, gab Czapla teilweise Recht. "Ich befinde mich hier in einem persönlichen Zwiespalt zwischen meiner Verantwortung gegenüber dem Wähler und gegenüber der Stadt."

Auch Stadt muss Opfer bringen Auch die Stadt selbst müsse sichtbar Opfer bringen, meinte sie sinngemäß. Dann sei auch der Bürger bereit, die eine oder andere Gebührenerhöhung in Kauf zu nehmen.



Siegfried Naujoks entgegnete: "Die Beschlussvorlagen zu den Gebührenerhöhungen sind wohldurchdacht." Er gab weiterhin zu bedenken, dass die Bürger in Hildburghausen in vielen Bereichen seit Jahren weniger belastet worden seien als Einwohner in anderen Kommunen. "Und es ist nicht so, dass wir einfach nur dem Bürger in die Tasche greifen. Es gibt die Arbeitsaufträge an die Verwaltung und darüber werden wir im nächsten Jahr befinden", erinnerte er an die Verabredungen in den Klausurtagungen.

Bild: Siegfried Naujoks (SPD)

Eberhard Wiener von der Fraktion der Feuerwehr wollte sich keinen Illusionen hingeben: "Auf einen Einnahmestand an Gewerbesteuern wie 2008 werden wir nie wieder zurückkommen. Vielleicht hätten wir aber in guten Jahren mehr zurücklegen sollen!" Und weiter sagte er. "Kinder, Haus, Hund, Grabstätte - wenn für manche Bürger alles zutrifft, schlägt das 2010 richtig für sie zu."



Frank Bumann, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, griff die Argumentation von Brigitte Wütscher auf. "Wir müssen den Bürgern gegenüber darstellen, dass die Stadt auch spart. Diese Erwartung habe ich." Wie bei anderen Wortmeldungen schwang auch hier unterschwellig die Frage mit, ob nicht auch in der Verwaltung Kosten einzusparen seien, unter Umständen auch beim Personal.

Bild: Frank Bumann (SPD)

Mathias Günther führte dazu aus: "Der Personalbestand ist in den letzten Jahren nicht erhöht worden, eher abgebaut. Wenn wir beispielsweise im Bauamt weiter reduzieren, verlängern sich dann die Bearbeitungszeiten für Bauanträge. Wir müssen mit unserer Verwaltung handlungsfähig bleiben", so Günther, der darauf verwies, dass nicht nur Hildburghausen, sondern alle Kommunen derzeit die gleichen Probleme haben.

Über die Verhältnisse gelebt

Norbert Weichler (Freie Wähler) machte seinem Herzen zum Abschluss der Sitzung Luft: "Wir haben doch schon in den vergangenen Jahren Ausgaben getätigt, wofür unser Hemd viel zu kurz war. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt und alle Rücklagen aufgebraucht." Jetzt sei das Geld knapp und die Löcher müssten gestopft werden.

Das wollte Frank Bumann so nicht stehen lassen. "Wenn wir das getan hätten, hätten wir die Schulden nicht abbauen können. Und was in Hildburghausen passiert ist, hat der Stadtrat beschlossen", erinnerte er. Dieser Einbruch der Wirtschaft sei nicht vorhersehbar gewesen. Auch Siegfried Naujoks teilte Weichlers Auffassung nicht: "Wenn wir nicht so viel investiert hätten, müssten wir uns heute fragen, ob wir überhaupt noch Kreisstadt sein könnten." Mathias Günther ergänzte, dass die hohen Investitionsraten schließlich auch Arbeitsplätze für die Stadt gesichert hätten.

Von Waltraud Nagel

Alle Rechte vorbehalten.